



# Steiniger Weg

## EU-Gesundheitswesen

*Die Europäische Union (EU) ist seit dem 1. Mai 2004 um ein gewaltiges Stück gewachsen. Gewachsen sind damit auch die Probleme. Die Harmonisierung der Gesundheitssysteme birgt dabei besonderen Zündstoff, weil die immer noch national organisierten und weitgehend abgeschotteten Gesundheitsmärkte mit dem Recht auf Freizügigkeit auf Patientenseite und freier Berufsausübung auf seiten der Leistungsanbieter über kurz oder lang konkurrieren. Das BZB unternimmt den Versuch einer Bestandsaufnahme.*

**10** Länder mit zusätzlich 74 Millionen Einwohner bilden seit Anfang diesen Monats zusammen mit den 15 Altmitgliedern die neue EU. Bei den Beitrittsländern ist das Spektrum der Gesundheitsversorgung sowohl von der Qualität als auch unter dem Blickwinkel der ideologischen Einordnung ein bunter Fleckenteppich, der von völlig anarchischen Zuständen (Zypern) bis zu einem staatlich total durchorganisierten Zwangssystem wie in Litauen reicht. Dort sind lediglich die Zahnärzte auf privater Basis tätig. Der Rest der Leistungserbringer arbeitet dort in halbstaatlichen Non-Profit-Unternehmen. 30 Prozent der Gesundheitsausgaben hat der litauische Patient aber selbst zu tragen.

### **Der Staat macht's**

In Lettland bietet die staatliche Krankenversicherung ihren Mitgliedern eine einfache Basisversorgung, die über Steuern finanziert wird. Die Eigenbeteiligung ist auf 130 Euro begrenzt, was auf den ersten Blick moderat erscheint, allerdings angesichts eines Pro-Kopf-Einkommens von 8.400 Euro einem Selbstbehalt von 370 Euro in Deutschland entsprechen würde. In Estland beschritt die Regierung unmittelbar nach der Unabhängigkeit neue Wege und installierte eine dezentralisierte Einheitsversicherung, bei der le-

diglich der Beitragssatz von 13 Prozent festgeschrieben ist. Die Zahnversorgung für Erwachsene ist komplett privatisiert. Interessant ist auch die Beobachtung, daß die ursprünglich vom sozialistischen System übernommenen Polikliniken gegenüber den niedergelassenen Privatpraxen weit ins Hintertreffen geraten. Malta wiederum ist vom britischen Gesundheitswesen geprägt. So wird in acht Gesundheitszentren und 47 lokalen Kliniken den Maltesern eine kostenlose Gesundheitsversorgung geboten. Arzneimittel müssen aber, soweit ambulant verabreicht, selbst bezahlt werden.

### **Hinweis**

Auf diesen Seiten sollte ein Beitrag des FVDZ-Landesverbandes stehen. Der BZB-Ausschuß hat beschlossen, daß der Artikel „Ein Nachbeben“ und ein Bericht über die Klausurtagung des FVDZ-Landesverbandes im *FVDZ-Aktuell*, das diesem BZB beiliegt, veröffentlicht werden soll.

### **Die deutsche Krankheit**

In unseren direkten Nachbarstaaten Polen und Tschechien haben sich ebenso wie in der Slowakei, Ungarn und Slowenien Gesundheitssysteme bismarckscher Prägung installiert. Tendenziell kämpfen diese mit den gleichen Problemen wie die GKV. Sobald die dynamische Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern nicht mehr mit der Ausgabensteigerung, bedingt durch medizinischen Fortschritt Schritt hält, kommt es zu Beitragssatzsteigerungen, Qualitätsabbau und erneuter Mangelmedizin. Der demographische Faktor wird dort in den nächsten Jahren verschärft zuschlagen, befürchten Systemkritiker. Das Durchschnittsalter der zehn neuen EU-Mitglieder liegt heute bei 36,9 Jahren. Im Vergleich dazu klagt Deutschland mit einer Altersstruktur von 40 schon heute über unerträgliche Lasten in der Sozialversicherung.

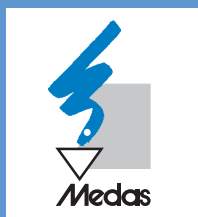


Und  
was machen Sie  
in Ihrer Freizeit?

## Ihre Abrechnung?

### Das erledigen wir für Sie!

- ◆ Individuelle Betreuung  
hinsichtlich GOZ/BEMA/  
Gesundheitsreform 2004
- ◆ Abrechnung nach GOZ/GOÄ
- ◆ KZV-Abrechnung für Zahnersatz
  - ◆ Vorfinanzierung
- ◆ 24 Jahre Abrechnungserfahrung
- ◆ Erstklassige Referenzen



**Medas GmbH**  
Treuhandgesellschaft  
für Wirtschaftsinkasso und  
medizinische Abrechnungen  
Messerschmittstraße 4  
80992 München  
www.medas.de

Fordern Sie  
einfach unsere Unterlagen an!

  
**089 14310-108**  
Fax 089 14310-200  
info@medas.de

Geburtenschwache Jahrgänge führen aber bei den zehn Neuen zusammen mit der Abwanderung qualifizierter junger Bürger ins EU-Ausland zum Kollaps. So wird sich in den baltischen Staaten die Bevölkerung in knapp 50 Jahren halbiert haben. Die Geburtenrate im Alten Europa pendelt sich seit geraumer Zeit bei 1,48 Kindern ein. In Tschechien liegt sie aktuell bei nur noch 1,14 Lebendgeburten.

### Gefährliches Pflaster

In Polen wurde erst 1999 eine einheitliche Krankenversicherung etabliert. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung führte 2001 zum Sturz von Polens Premierminister *Jerzy Buzek* und zu weiteren Reformen. So wurde 2003 ein nationaler Gesundheitsfonds gegründet, in den Erwerbstätige acht Prozent ihres Lohnes einzuzahlen haben. Dennoch müssen die Polen 35 Prozent ihrer Behandlungskosten selbst tragen. Die Slowaken können als Zwangsmittglieder zwischen fünf Krankenversicherungen wählen. Der Beitragssatz der einkommensabhängigen Krankenversicherung liegt aktuell bei 13,25 Prozent.

Slowenien wiederum verfügt über eine dezentral organisierte Einheitsversicherung, vergleichbar mit der AOK-Struktur in Deutschland. Die Beiträge werden gleich aufgeteilt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Einzelpraxen und Gesundheitszentren stehen auf Anbieterseite im Wettbewerb. Auch unser nächster Nachbar Tschechien kennt kein privates Krankenversicherungssystem, sondern unterwirft alle Bürger zu einem Beitragssatz von 13,5 Prozent gleichermaßen den neun gesetzlichen Krankenkassen. Allerdings finanziert dort der Arbeitgeber den Beitrag zu zwei Dritteln. Der Ruf ist allerdings katastrophal, wie der Kommentar von Ministerpräsident *Vaclav Klaus* anlässlich der Entlassung der tschechischen Gesundheitsministerin *Marie Suckova* beweist: „Das Gesundheitsministerium ist noch kränker als unser Gesundheitswesen.“

### Gesünder ohne GKV

In Ungarn kämpft das ebenfalls GKV-ausgerichtete Krankenkassenwesen schon heftig mit Kostensteigerungen. Durch Leistungsbudgetierung soll – wie in Deutschland – der aktuelle Beitragssatz von 14 Prozent des Erwerbseinkommens, der beim Arbeitgeber mit elf Prozent hängenbleibt, stabilisiert werden. Bemerkenswert erscheint, daß Zypern mit einer Lebenserwartung von 76,1 Jahren für Männer und mit 81 Jahren bei der weiblichen Bevölkerung Spitzenreiter unter den zehn Beitrittsländern ist. Bezeichnenderweise gibt es dort bis dato kein staatlich oder gesetzlich organisiertes Gesundheitssystem. Eine freie Heilfürsorge gibt es aktuell nur für Sozialfälle. Allen Zyprioten droht allerdings bis zum Jahr 2006 ebenfalls die Einführung eines übergreifenden Krankenversicherungssystems.

Hans Glatzl